

Innovationspreis Deutsche Gaswirtschaft 2004

Am 19. Oktober wurden in Berlin im Rahmen einer Festveranstaltung die Gewinner des Innovationspreises der deutschen Gaswirtschaft 2004 bekannt gegeben. Diese Auszeichnung wurde von Dr. Michael Rogowski für herausragende Leistungen zur Einsparung von Energie und zur Steigerung der Energieeffizienz übergeben.

Eine Anerkennung erhielt die "CO-Regelung für Industriefeuerung" der Walldorfer Firma LAMTEC. Dahinter verbirgt sich eine neuartige binäre Brennerregelung in Verbindung mit einer Zirkon-Dioxid-Sonde, die Nebenprodukte der Verbrennung als Indikatoren für die Qualität des Verbrennungsprozesses heranzieht und sich neben Gasfeuerungsanlagen aller Art auch für die so genannten "Blaubrenner" eignet. Der Sauerstoffgehalt des Abgases wird zwar dabei ebenfalls erfasst, dient aber nur noch der Überwachung und Visualisierung. Mit dieser Lösung verbundene Vorteile sind ein besseres Regelverhalten, eine deutlich kürzere Einstellzeit, Falschlufkompensation, Fehlersicherheit, Robustheit und Wartungsfreiheit. Außerdem ergibt sich eine zusätzliche Energieeinsparung. Darüber hinaus entfällt bei dieser Lösung auch noch die Kalibrierung beziehungsweise Einstellung des Brenners einer Feuerungsanlage, weil das System den optimalen Betriebspunkt für die Verbrennung eigenständig ermittelt.

Die Firma LAMTEC wirkt in verschiedenen Arbeitskreisen der figawa und des VHB mit.

DIN EN 12831 führt zu größeren Heizungsanlagen

Seit Oktober 2004 muss zur Berechnung der Heizlast von Gebäuden die neue DIN EN 12831 (Heizungsanlagen in Gebäuden - Verfahren zur

Berechnung der Norm-Heizlast; Deutsche Fassung EN 12831:2003) verwendet werden. Sie ersetzt die bisherige Wärmebedarfsberechnung nach DIN 4701, die am 30.09.2004 Ihre Gültigkeit verloren hat. In der neuen Norm wurden Berechnungsverfahren für Wärmebrücken und Aufheizleistung neu eingeführt und die Berechnung des Lüftungswärmebedarfs und der Erdreichwärmeverluste grundsätzlich geändert.

Nach knapp 2-monatiger Anwendungszeit der neuen DIN EN 12831 liegen erste Erfahrungen vor. Der pauschale Wärmebrückenzuschlag bei der U-Wert-Berechnung und die teilweise schlechtere Beurteilung von unbeheizten Nachbarräumen führen zu größeren Heizflächen. Durch das neue Berechnungsverfahren der Lüftungswärmeverluste und die abschließende Ermittlung der Normgebäudeheizlast kann sich ein Mehrbedarf je nach Gebäude von ca. 25% bis 50% ergeben. Eine Aufheizleistung, die in der DIN 4701 nicht enthalten war, kann zu einer weiteren Erhöhung der Wärmeleistung führen. Mit der Aufheizleistung führt die DIN EN 12831 die dynamische Betrachtung des Falles ein, dass ein ausgekühltes Gebäude innerhalb einer festzulegenden Zeit wieder aufgeheizt werden muss.

Verabschiedung von Rudolf Fischer aus dem Technischen Ausschuss des GRV

Herr Dipl.-Ing. Rudolf Fischer legte seine Mitarbeit im Technischen Ausschuss des GRV nieder, da er mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand trat. Bei der letzten Sitzung am 9. November 2004 wurde er durch den Vorsitzenden des Technischen Ausschusses, Herrn Dipl.-Ing. Boppré, mit einer Danksagung für die hervorragende Zusammenarbeit verabschiedet. Herr Fischer war 38 Jahre



„Es gibt ein Wort, das jedem als praktische Lebensregel dienen könnte: Gegenseitigkeit“.

Konfuzius (551-479 v. Chr.)

Allen unseren Mitgliedern wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2005.

bei dem Unternehmen RMG tätig. Nach langer Tätigkeit in Entwicklung und Konstruktion war er bis zu seinem Ausscheiden 16 Jahre Mitglied der Geschäftsführung des Unternehmens. Vollständig ist sein Ausscheiden bei RMG jedoch nicht: Er steht weiterhin als Berater dem Unternehmen zur Verfügung.

DVGW-Rundschreiben über Auslegungshilfen zur praktischen Umsetzung des DVGW-Arbeitsblattes G 600 B

Der DVGW stellt in seinem Rundschreiben G07/04 Auslegungshilfen zur praktischen Umsetzung des Arbeitsblattes G 600 B zur Verfügung. Aufgrund von besonderen Betriebserfahrungen kann es bei Gasanlagen mit Zentralheizungsgeräten zum Auslösen des nach den Vorgaben des Regelwerkes korrekt bemessenen Gasströmungswächters (GS) kommen.

Für die Auslegung der GS-Größe werden vom DVGW nun die Anwendung der Tabellen 3b und 4b empfohlen. Damit ist die Auslegung der GS in der jeweils größeren Leistungsstufe möglich.

Wie die Praxis zeigt, sind darüber hinaus in vereinzelt auftretenden Situationen bei bestimmten Gasgeräteausführungen in Zusammenarbeit mit dem Gesamtsystem Betriebsstörungen nicht vollkommen auszuschließen. Beispiele hierfür sind eine Installationsanordnung des GS und Gasdruckregelgerätes sowie des Gaszählers und der Leitungsführung/-länge. In diesen Fällen konnte auch bei Auswahl von GS mit größeren Leistungsstufen der dauerhaft störungsfreie Betrieb nicht sichergestellt werden.

Der Ausbau des GS kann für solche Fälle unter der Voraussetzung toleriert werden, dass eine Dokumentation der Situation vor Ort unter Einbeziehung der Parteien Vertragsinstallationsunternehmen, Gasgeräte-Kundendienst und Gasversorgungsunternehmen mittels eines Erfassungsbogens vorgenommen und der Bogen zur zentralen Auswertung weitergegeben wird. In diesen Fällen sind Passivmaßnahmen einzusetzen. Zur Ausfüllung des Erfassungsbogens sollten vor Ort einvernehmliche Regelungen zwischen Vertragsinstallationsunternehmen und Gasversorgungsunternehmen getroffen werden.

In einem Untersuchungsvorhaben werden die Ursachen für die genannten Störfälle ermittelt. In diesem Fall bietet die DVGW-Hauptgeschäftsführung unter der Telefon-Nummer 0162/9754973 Hilfestellungen an. Abschließende Erkenntnisse aus dem Untersuchungsvorhaben werden in die Neufassung des DVGW-Arbeitsblattes G 600 (DVGW-TRGI) einfließen.

Europäischer Erfahrungsaustausch über Gasturbinen

Aus zehn europäischen Ländern trafen sich am 21. Oktober in Stuttgart über 20 Fachleute von Erdgastransportgesellschaften zum Erfahrungsaustausch bei der Gasversorgung Süddeutschland (GVS). Dabei disku-

tierten Fachleute über die Betriebserfahrungen mit Gasturbinen in Erdgas-Verdichteranlagen. Schäden an Verdichtereinheiten und ihren Hilfsanlagen, die Verursacheranalyse sowie Erfahrungen über den Verlauf und die Abwicklung von Reparaturen standen im Vordergrund der Tagung.

An- und Verkaufsbörse für gebrauchte Erdgasfahrzeuge

Der Trägerkreis Erdgasfahrzeuge bietet auf seiner Internetseite www.erdgasfahrzeuge.de eine An- und Verkaufsbörse für gebrauchte Erdgasfahrzeuge an. Hier besteht die Möglichkeit, kostenlos ein gebrauchtes Erdgasfahrzeug zu inserieren oder ein Kaufgesuch zu schalten.

Als weitere Möglichkeit sind unter www.gibgas.de Informationen über gebrauchte Erdgasfahrzeuge einzuholen.

E.ON Ruhrgas engagiert sich in Rumänien

Die E.ON Ruhrgas AG beteiligt sich am rumänischen Gasverteiler Distrigaz Nord. Insgesamt 303 Millionen € wird das Unternehmen für eine 51-prozentige Beteiligung aufwenden. Die restlichen 49% verbleiben im Staatsbesitz. Die Distrigaz versorgt derzeit eine Million Kunden mit 4,6 Milliarden m³/a Erdgas. Ihr Leitungsnetz hat eine Reichweite von annähernd 17.000 km. In Rumänien ist Erdgas mit einem Anteil von 37 % der bedeutendste Energieträger des Landes.

Verlängerung von DVGW-Zertifikaten auch auf Basis von Kontrollprüfberichten möglich

DVGW-Zertifikate haben eine Gültigkeit von fünf bzw. von drei Jahren. Ausschlaggebend für die Dauer ist die jeweilige Prüfgrundlage. Handelt es sich hierbei um ein Arbeitsblatt, beträgt sie fünf Jahre. Liegt der Prüfung hingegen eine Vorläufige Prüfgrundlage (VP) zugrunde, ist das Zertifikat für drei Jahre gültig.

Wenn das Zertifikat nicht erlöschen soll, ist mindestens drei Monate vor

Termine

15.02.2005, Bonn
Sitzung des figawa-Gesamtvorstandes
28.-30.04.2005, Magdeburg
Gemeinsame Jahrestagung figawa / rbv
29.04.2005, Magdeburg
Mitgliederversammlung der figawa im Rahmen der Jahrestagung 2005
Tagungsort:
Maritim Hotel Magdeburg
Otto-von-Guericke-Straße 87
39104 Magdeburg
Telefon: 0391- 59 49-0
Telefax: 0391- 59 49-991
Internet: <http://www.maritim.de>

figawa Gas

21.12.2004, Bonn
Gesprächstermin BMWA, Thema: PED/GAD-Problematik
13.01.2005, Köln
Arbeitskreis „Bauteile in der Gasinstallation“
19.01.2005, Berlin
DVGW / figawa Beirat
26.01.2005, Köln
Sitzung VKA
28.01.2005, Lampertheim
Sitzung des VDDW-Vorstandes
01.02.2005, Bonn
DVGW-Zertifizierungsausschuss G 468
02.02.2005, Köln
Arbeitskreis „Rohrnetzüberprüfung“
03.02.2005, Köln
Sitzung des Technischen Ausschusses des VHB
03.02.2005, Köln
Sitzung des GRV-Vorstandes
09.02.2005, Hamburg
DVGW-Zertifizierungsausschuss G 468
10.02.2005, Berlin
Sitzung der Fachausschüsse Wasserzähler und Wärmezähler
16.02.2005, Köln
AK „Systemnormung“ des BDH
16.02.2005, Köln
figawa-Arbeitskreis „Erdgastankstellen“
17.02.2005, Köln
figawa-Arbeitskreis „Dunkelstrahler“
28.02.2005, Köln
VHB-Vorstand
02.03.2005, Köln
figawa-Arbeitskreis „Datenfernübertragung“

Ablauf eine Verlängerung bei der Zertifizierungsstelle zu beantragen. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, werden die Firmen allerdings gebeten, ihren Verlängerungsantrag möglichst sechs Monate vorher einzureichen.

Nach § 9.2 der Geschäftsordnung zur DVGW-Zertifizierung von Produkten der Energie- und Wasserversorgung ist eine Verlängerung von Zertifizierungen auch aufgrund eines ordnungsgemäß und vollständig durchgeführten Kontrollprüfverfahrens möglich, wenn die Kontrollprüfungen stets fristgerecht durchgeführt wurden und aussagekräftige Kontrollprüfberichte vorliegen. Insbesondere muss der Kontrollprüfbericht grundsätzlich folgende Aussagen enthalten:

- „Das Produkt wurde gegenüber dem geprüften Baumuster in seinen konstruktiven, werkstoffspezifischen und fertigungstechnischen Eigenschaften nicht verändert“.
- „Die Produktion des zertifizierten Produkts wird unverändert fortgesetzt“.

Ferner dürfen sich die bei der Zertifizierung zu Grunde gelegten Prüfgrundlagen nicht geändert haben.

Überwachungsberichte, die lediglich den Hinweis „Es konnten keine Abweichungen festgestellt werden“ enthalten, können nicht für eine Verlängerung herangezogen werden. Ein Hinweis auf eine mögliche Verlängerung ist dagegen nicht zulässig, da dies allein der Entscheidung der Zertifizierungsstelle vorbehalten ist.

Die Prüfstellen sollen bereits im Überwachungsauftrag dazu verpflichtet werden, den Überwachungsbericht so abzufassen, dass er den Vorschriften der Zertifizierungsstelle genügt und für die Verlängerung herangezogen werden kann.

figawa-Arbeitskreis „Schwimmbekkenwasseraufbereitung“

Der AK-„Schwimmbekkenwasseraufbereitung“ verabschiedete den Entwurf der Empfehlung „Chemische Betriebsmittel für die Wasseraufbe-

ereitung eines öffentlichen Bades“. Dieser Leitfaden soll einen Überblick über die technischen Möglichkeiten der Anwendung verbunden mit einem optimalen Nutzen geben. Um eine nach gültigen Richtlinien geplante und gebaute Aufbereitungsanlage optimal zu betreiben, wird eine Reihe von chemischen Stoffen benötigt.

Die Stoffe werden im einschlägigen Handel in unterschiedlichen Qualitäten und Konzentrationen angeboten, so dass es dem Betreiber eines Bades nicht ohne weiteres möglich ist, qualitativ geeignete Produkte auszuwählen. Grundsätzlich sind nur Produkte einzusetzen, deren Inhaltsstoffe und Konzentrationen vom Lieferanten konkret genannt werden, deren Sicherheitsdatenblatt nach § 14 der Gefahrstoffverordnung vorliegt und deren Inhaltsstoffe in der DIN 19643 benannt sind. In Kürze wird der Beitrag auch auf unserer Webseite zum Download bereit stehen. (mj)

figawa-Arbeitskreis „UV-Wasserbehandlung“

Der Arbeitskreis UV-Wasserbehandlung wird in der Februar Ausgabe der *bbr* einen Beitrag mit dem Titel „Einsatz von UV-Desinfektionsanlagen zur Trinkwasserdesinfektion“ veröffentlichen. Die UV-Desinfektion ist ein in Deutschland seit langem bewährtes sicheres Verfahren. Insbesondere in den letzten 10 Jahren hat die chemiefreie Desinfektion von Trinkwasser in Deutschland eine weite Verbreitung gefunden. Mit der Neufassung der Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001) hat sich die Rechtslage beim Einsatz von UV-Desinfektionsanlagen zur Trinkwasserdesinfektion grundlegend geändert.

Insbesondere ist die UV-Desinfektion als Verfahren zur Trinkwasserdesinfektion anerkannt worden. Die gesetzliche Regelung für die Zulassung von Aufbereitungsstoffen und Desinfektionsverfahren findet sich in § 11 der TrinkwV. Gemäß Teil II der UBA-Liste dürfen nur solche Anlagen eingesetzt werden, die auf der Grundlage des DVGW-Arbeitsblattes W 294 oder der ÖNORM

Termine

figawa Wasser

11.01.2005, Hannover
figawa-Arbeitskreis „Abdichtungen im Brunnenbau“

22.-23.02.2005, Köln

1. Kölner Abwasser- und Gewässerforum
„Neue Ansätze zur Kosteneinsparung und Leistungsverbesserung im Abwasserbehandlungsbetrieb“

Information: www.iwb-bonn.de

08.03.2005, Köln

figawa-Arbeitskreis „Chlor und Chorverbindungen“

15.-17.03.2005, Essen

E-world – energy and water

Information: www.e-world-2005.com

16.03.2005, Schwerin

figawa / DVGW-Informationsveranstaltung
„Bemessung und Ausbauvarianten von Vertikalfilterbrunnen“

05.-06.04.2005, Magdeburg

DVGW – Wasserfachliche Aussprachetagung

13.-14.04.2005, Bonn

DVGW-TK „Wassergewinnung“

26.04.2005, Köln

figawa-Fachgruppe „Wassergewinnung“

27.04.2005, Köln

DIN NAW IV 11 Brunnenbau“

Termine

figawa Rohrleitungen

17.01.2005, Köln

ARGE Deutscher Leitungsbau

19.04.2005, Bonn

Fachgruppe „Rohre und Rohrleitungszubehör“

M5873-1 (2001) geprüft wurden. Aus der geänderten Gesetzeslage ergibt sich insbesondere für Betreiber von UV-Desinfektionsanlagen ein wichtiger Hinweis.

Für bereits in Betrieb befindliche UV-Desinfektionsanlagen ohne entsprechende Prüfnachweise gilt eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2005. Nach diesem Datum dürfen nur noch nach DVGW-Arbeitsblatt W 294 geprüfte UV-Desinfektionsanlagen oder Anlagen, deren Prüfgrundlagen vom DVGW anerkannt wurden, betrieben werden. (mj)

figawa / DVGW - Infoveranstaltung

Auf der figawa / DVGW-Infoveranstaltung „Qualitätssicherung und Arbeitssicherheit bei Bohr- und Brunnenbauarbeiten“ am 10. November in Mannheim-Ladenburg hielten sieben Referenten umfangreiche und informative Vorträge. „Qualitätssicherung“ und „Arbeitssicherheit“ sind heute nicht nur Schlagworte modernen Baumanagements. Vielmehr bietet die verstärkte Einbeziehung dieser Themen sowohl dem Auftraggeber als auch dem Auftragnehmer die Möglichkeit, spätere Probleme zu vermeiden. (mj).

Leitungsbauer warnen vor Black-out

Forderung nach Investitionen in Leitungsinfrastruktur

Unternehmen und Verbände der deutschen Leitungsbaubranche haben die öffentlichen und privaten Energieversorgungsunternehmen zu mehr Investitionen aufgerufen. Im Rahmen des Kongresses „Leitungsinfrastruktur in Not“, der am 3. Dezember in Berlin stattfand, schätzten Experten den Investitionsbedarf für die Erhaltung der Leitungsnetze auf rund zwölf Milliarden Euro jährlich. Falls diese Investitionen ausblieben, könnten eine beeinträchtigte Trinkwasserqualität, Umweltschäden durch undichte Rohre und Stromausfälle die Folge sein, warnten sie. Das von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Leitungsbau (ARGE) und dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie organisierte Treffen im Berliner Adlon Hotel war der erste bundesweite Kongress mit Vertretern aus Leitungsbau, Versorgungsunternehmen, Wissenschaft und Politik.

Wie wenig Beachtung die Probleme des Leitungsbaus bisher in der Politik gefunden haben, machte Wolfgang Spanier (MdB), bau- und wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, deutlich. „Bisher wurde das Thema im Bundestag nicht diskutiert“, räumte er ein. Mit dem Schlagwort „Bildung statt Beton“ würden die Infrastrukturprobleme häufig beiseite geräumt. „Dabei darf das nicht gelten“, betonte er. Auch CDU-Finanzexperte Friedrich Merz unterstrich die Bedeutung der

Thematik. „Das Problem überalterter Leitungen bedeutet einen Substanzverlust für die Volkswirtschaft“, stellte er fest. „Es geht hier nicht um Schuldzuweisungen, aber es sind enorme Kraftanstrengungen notwendig, um die Leitungsinfrastruktur zu erhalten.“

Diese Anstrengungen seien durchaus zu bewältigen, meint Klaus Küsel, Präsident des Rohrleitungsbauverbands (rbv). „Die Investitionen sind machbar, denn das Geld ist da“, erklärte er in Berlin. Es gebe wenige, aber sehr gute Beispiele – so arbeite seine Firma für einige Versorger, die regelmäßig die von Experten geforderten zwei Prozent ihrer Netze pro Jahr erneuerten. Eine Vielzahl von Versorgern saniere aber nach wie vor deutlich weniger. Küsel nannte die Konkursrate der Fachfirmen in seiner Branche beängstigend. Das Arbeitsmarktpotenzial im Rohrleitungsbau veranschlagte er auf 100.000 Arbeitsplätze. Sie könnten von heute auf morgen geschaffen werden und stünden vor allem der Problemgruppe der gering qualifizierten Menschen zur Verfügung.

Helmut Echterhoff, Vizepräsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, bezeichnete die Quersubventionierung einiger Versorgungsunternehmen als Hauptursache für den Investitionsstau. In einigen Städten würden Bereiche wie der Öffentliche Personennahverkehr oder Schwimmbäder durch die Gewinne aus Gas und Wasser finanziert. Er forderte die Versorger auf, diese verschiedenen Leistungen voneinander zu entkoppeln. Eine hundertprozentige Re-Investition der Gewinne könne es nur geben, wenn diese von sonstigen Leistungen abgekoppelt würden, erklärte Otto Schaaf von den Kölner Stadtentwässerungsbetrieben.

Hamburger Wasserwerke wieder Mitglied im BGW

Die Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) sind wieder Mitglied des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW). Entscheidend dafür seien der wiederhergestellte Konsens in der wasserpolitischen Ausrichtung sowie die mittlerweile wieder angemessene Reprä-

sentanz der Wasserwirtschaft im Gesamtverband der Wasserwirtschaft gewesen, sagte HWW-Geschäftsführer Dr. Hanno Hames. Die Hamburger Wasserwerke waren 2001 aus dem Verband ausgetreten, da sie die Interessen der Wasserwirtschaft, insbesondere der öffentlichen Wasserversorger, durch den BGW nicht mehr hinreichend vertreten sahen.

Tschechien muss 3,2 Mrd. € in Abwasserentsorgung investieren

Tschechien muss in den nächsten Jahren erhebliche Summen in die Verbesserung der Abwasserentsorgung investieren. Die Gesamtkosten für die Errichtung und Modernisierung der Abwasserinfrastruktur schätzt Petr Pomezny, Berater des tschechischen Umweltministers, auf rund 3,2 Mrd. €. So sind derzeit nur 77,4 Prozent der Bevölkerung in Tschechien an die öffentliche Abwasserbehandlung angeschlossen. Und von den Kläranlagen verfügen 63 Prozent noch nicht über eine dritte Reinigungsstufe zur Entfernung von Phosphor und Nitrat.

Impressum

Herausgeber:
Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e.V. (figawa),
Marienburger Str. 15, 50968 Köln

Tel.: 0221- 3 76 68-20

Fax: 0221- 3 76 68-60

Internet: www.figawa.de

e-mail: hesselmann@figawa.de